

Protokolleintrag vom 11.03.2009

2009/91

Erklärung der SP-Fraktion vom 11.2.2009: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Namens der SP-Fraktion verliest Katrin Wüthrich (SP) folgende Fraktionserklärung:

Gestern begingen zahlreiche Frauen in der Schweiz den Equal Pay Day. Sie machten darauf aufmerksam, dass Frauen für die gleiche Arbeit noch immer nicht gleich viel Geld wie Männer erhalten und erst gestern im Schnitt gleich viel verdient haben wie ihre männlichen Kollegen Ende 2008. Noch immer verdienen Frauen in der Schweiz ca. 19 Prozent weniger. Das darf nicht sein!

Landesweit ist die Lohnungleichheit in der Stadt Zürich am Grössten. Frauen verdienen hier sogar rund 24 Prozent weniger als Männer.

Am 14. Juni 1991 haben Gewerkschafterinnen und SP-Frauen am schweizweiten Frauenstreiktag gegen Geschlechterdiskriminierung für Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen gekämpft. Doch das Anliegen des Equal Pay Day zeigt: Gewonnen ist noch nichts! Es braucht Fakten, es braucht Veränderung. Erste positive Entwicklungen wurden mit der Einführung des städtischen Lohnsystems in Gang gesetzt.

Im Präsidential-, Polizei-, Hochbaudepartement sowie im Departement der industriellen Betriebe sind Diskriminierungen bei der lohnrelevanten Benotung festzustellen. Ein interessanter Aspekt ist auch, dass teilzeitarbeitende Männer im Sozial- und im Gesundheits- und Umweltdepartement deutlich schlechter eingestuft werden. Es besteht also Handlungsbedarf: Es braucht obligatorische Schulungen für Führungskräfte. Und in der Datenerfassung müssen Tabellen und Grafiken Standard werden, die konsequent mit der Kategorie Geschlecht ergänzt werden. Die SP unterstützt die Empfehlungen der Fachstelle für Gleichstellung. Sie wird auch in Zukunft die geschlechtsspezifische Lohnentwicklung beobachten und falls nötig Massnahmen fordern.

Die Lohndifferenz hat verschiedene Ursachen, zum Beispiel Unterschiede in der Ausbildung, in der beruflichen Stellung, bei den ausgeübten Tätigkeiten, aber auch bewusste oder unbewusste Diskriminierung. Je höher das Lohnsegment, desto mehr geht die Lohnschere auseinander. Dieser sogenannte Hierarchieeffekt lässt sich auch beim städtischen Personal beobachten und muss verschwinden.

Einzelne Dienstabteilungen der Stadt kennen eine Selbstdeklarationspflicht, bei der die privaten Betriebe die Einhaltung der Lohngleichheit schriftlich bestätigen müssen. Für die SP wäre wünschenswert, dass die Stadt Zürich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur Betriebe berücksichtigt, die Lohngleichheit gewährleisten.

Zu wissen, wie viel die anderen verdienen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Lohnungleichheit überhaupt wahrnehmen und sich auch dagegen wehren können. Aus diesem Grund setzt sich die SP auf allen Ebenen für Lohntransparenz ein.